

23./II. 1915.

Kriegstagung des Preussischen Landtags. Wirtschaftsfragen.

N Berlin, 22. Febr. (Str. Bln.) Das Abgeordnetenhaus hat heute die zweite Lesung des Stats in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, der den Gemeinden 110 Millionen für die Kriegswohlfahrtsausgaben als Beihilfe gewährt, begonnen. Es verfährt dabei nach der von der Kommission aufgestellten, streng gegliederten Ordnung. Und das hat, zumal die Vorlagen in der Kommission recht eingehend beraten worden sind, und ein ausführliches Resümee im Namen der Kommission veröffentlicht worden ist, zur Folge, daß die Beratungen im Plenum sich schnell vollziehen und keine Ueberraschungen bringen werden. Die Debatten bestehen in der Hauptsache aus einem eingehenden Referat des Berichterstatters, den man die sorgfältig vorbereitete schriftliche Ausarbeitung anmerkt, und an welches sich kürzere oder längere Erklärungen der als Einheit auftretenden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie anschließen. Die Sache würde gewiß nicht immer eine derartige Scheidung der Geister erfordern. Aber es gibt einmal innerhalb der Sozialdemokratie Geister, denen der Gedanke an ein vorbehaltloses Zusammengehen mit den übrigen Parteien nicht ganz geheuer ist, und so kommt es, daß die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu Gesetzen und Anordnungen der Regierung mit einer näheren Kritik einzelner Maßnahmen verbindet, auf die die übrigen Parteien angesichts der ausführlichen Verhandlung der Kommission verzichten zu können glauben.

Die allgemeine Debatte knüpft an die Beratung des Stats des Staatsministeriums an und konzentrierte sich zunächst auf die Frage der Volksernährung und der Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens als Folge des Krieges. Der konservative Abgeordnete Hösch konnte in seinem Bericht feststellen, daß sich bei der Besprechung dieser Frage eine vollkommene Übereinstimmung sämtlicher Parteien ergeben hat, und daß alle von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß in dem uns aufgezwungenen Kampfe auch die Kräfte unseres Wirtschaftslebens ein wichtiger Siegesfaktor sind. Was der Bundesrat mit Zustimmung des Reichstags an rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Maßnahmen in dieser Richtung getan und mit Hilfe einer zuverlässigen Beamenschaft durchgeführt hat, das ist gewiß nicht so vollkommen, wie es sein könnte, wenn wir uns in Friedenszeiten auch auf diese Seite der Kriegsführung rechtzeitig eingerichtet hätten. Aber es kann sich sehen lassen. Es sind Höchstpreise für Brotgetreide ergangen, die offenbar nur allzu günstige Einschätzung unserer Ernte und übergroße Vorsicht verhindert hat, zu einer vollständigen Regelung des Konsums auszugestalten. Es ist eine der wertvollsten Errungenschaften dieses Krieges, daß die Stellung der Landwirtschaft nicht als die Frage einer einzelnen Erwerbsgruppe, sondern als eine Angelegenheit der ganzen Nation zu behandeln ist. In dieser Ueberzeugung ist ja auch die Kriegsgetreidegesellschaft ins Leben gerufen worden. Manches stünde auch besser, wenn man rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen der Verschwendung der Kartoffel für Futtermittel vorgebeugt hätte. Bewundernswert ist die Schnelligkeit und Gewandtheit mit der sich Industrie und Handel den Bedürfnissen der Kriegszeit angepaßt haben.

So ist alles bei uns von der Notwendigkeit durchdrungen, nicht nur Blutopfer, sondern auch wirtschaftliche Opfer zu bringen und damit eine Vorbedingung des Sieges über unsere Feinde zu schaffen. Diesen Gedanken hat dann der Vizepräsident des Staatsministeriums, Herr Delbrück, weiter ausgeführt: Der Ausbruch des Krieges legte unser gesamtes Wirtschaftsleben still. Aber die schwere Aufgabe, es neu zu beleben und auf Kriegsfuß zu bringen, ist glänzend gelungen. Unsere Geld- und Kreditverhältnisse haben die Stürme der ersten Kriegsmoche leicht überwunden und sich immer stärker konsolidiert und bieten jetzt eine Grundlage für die finanzielle Seite der Kriegsführung, wie sie nicht besser sein könnte. Der Arbeitsmarkt hat sich immer freundlicher entwickelt dank der Intelligenz und dem organisatorischen Geschick unseres Volkes. Englands brutale Kriegsführung zwingt dazu, daß ein jeder sein ganzes Dasein in die Kriegszwecke stellt. Aber dieses Bewußtsein ist auch die Garantie des Erfolges.

Ueber den Gesetzentwurf betreffend die Kriegsfürsorge referierte der freikonservative Abgeordnete Febr. von Zedlitz, der mit Recht die Verdienste der Selbstverwaltung bei dieser Gelegenheit unterstrich und in gleicher Weise, wie nach ihm der nationalliberale Abgeordnete Friedberg, im Namen der bürgerlichen Parteien der Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß diese Vorlage wesentlich dazu beitragen wird, unseren im Kampfe stehenden Vätern, Söhnen und Brüdern, weil sie von der Sorge um das Wohl ihrer Angehörigen befreit sein dürfen, den Kampf zu erleichtern. Auch der Vertreter der Sozialdemokratie, Herr Hirsch, erkannte an, was bisher geschehen ist, ließ auch der preussischen Regierung Gerechtigkeit widerfahren und suchte die Hauptmängel der jetzigen Kriegsfürsorge in der Gestaltung der Reichsgesetze.

Damit schloß diese Beratung. Morgen wird die Statsberatung fortgesetzt.